Die polnische Minderheitenpolitik im Wilnagebiet (1916–1939)

von Andrzej Skrzypek

Im folgenden Beitrag soll versucht werden, die Politik der polnischen Regierungen gegenüber den Hauptminderheiten im Wilnagebiet aufzuzeigen.

Der Begriff Wilnagebiet („Wileńszczyzna“) ist mit der Wojewodschaft Wilna gleichzusetzen. Nach der Volkszählung von 1931¹ umfaßte es ein Gebiet von 29 000 km² (7,4% der Landesfläche), es unterteilte sich administrativ in acht Landkreise und die Stadt Wilna. Im Süden grenzte es an die Wojewodschaften Nowogródek und Białystok, im Westen an Litauen, im Norden an Lettland und im Osten an die UdSSR (Weißrussische SSR). Die Kriegsjahre 1915–1920 zerstörten das Land und entvölkerten Wilna, die Zahl der Einwohner fiel unter eine Million. Später wuchs die Bevölkerung wieder schnell an. 1931 betrug sie 1 276 000 (3,9% der Gesamtbevölkerung des polnischen Staates).

Bevölkerung der Wojewodschaft Wilna (in Tsd.) und ihre Sprache

	poln.	litau.	weißr.	ruthen.	ukr.	russ.	jüd.	dt.	and.
Insgesamt	761,7	65,3	289,7	1,2	0,4	43,3	108,9	1,3	4,2
Stadtbevölk.	164,5	1,6	7,8	0,1	0,2	9,7	75,6	0,6	1,2
Landbevölk.	597,2	63,7	281,9	1,1	0,2	33,6	33,3	0,7	3,0

Die Bevölkerung der Wojewodschaft Wilna und ihre Glaubensbekenntnisse (in Tsd.)

	röm.-kath.	griech.-kath.	griech.-orthod.	andere christ.	evang.	mos.	nicht christ.	unbest.
Insgesamt	797,5	1,0	324,7	34,7	3,5	110,8	2,8	1,0
Stadtbevölkerung	159,0	0,3	19,6	3,0	2,0	76,2	1,0	0,2
Landbevölkerung	638,5	0,7	305,1	31,7	1,5	34,6	1,8	0,8

¹ Mały rocznik statystyczny, 1939 (Kleines Jahrbuch der Statistik, 1939). Warszawa 1939. Bezüglich der folgenden Tabellen seien einige Begriffe erläutert: Jüdische Spra-

Wenn man annimmt, daß nicht alle, die Polnisch als Muttersprache angegeben haben und es tagtäglich sprachen, Polen waren, und wenn man weiterhin annimmt, daß die Weißrussen dem orthodoxen Glauben anhängen (obwohl dem Namen nach Weißrussen, gab es viele Katholiken unter ihnen), bekommen wir folgende Zahlen:²

	Polen	Weißrussen	Juden	Litauer	Russen
Insgesamt	734,8	317,3	110,8	65,3	42,1
Stadtbevölkerung	158,9	13,1	76,2	1,6	9,5
Landbevölkerung	575,9	304,2	34,6	63,7	31,7

Außer diesen zahlreichen Gruppen fanden sich im Wilnagebiet noch andere Minderheiten bzw. Migranten. Zu ihnen gehörten 1 300 Deutsche, 2 000 Tataren, 1 200 Karelrier sowie je 400 Letten und Ukrainer.

Die Glaubwürdigkeit dieser Statistik wird oft in Frage gestellt, allerdings sollte man berücksichtigen, daß sich ein Nationalbewußtsein unter den Einwohnern im Wilnagebiet noch nicht herausgebildet hatte. Auf die Frage nach der Volkszugehörigkeit bezeichneten sie sich als „Hiesige“ („tutejszy“).

Biographische Studien belegen zudem, daß sich nicht selten unter leiblichen Brüdern der eine als Pole, der andere als Litauer und der dritte als Weißrusse bezeichnete.³ Außerdem muß man die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der nationbildenden Prozesse berücksichtigen. Dies gilt vor allem für die Weißrussen, deren Nation erst im Entstehen begriffen war. Die grammatischen Regeln der Sprache standen noch nicht fest; vor allem stellte sich die Frage, in welchem Alphabet Texte gedruckt werden sollten: in Latein oder in Grashdanka. Dennoch dürfte die Volkszählung aus dem Jahre 1931 annähernd Aufschluß über die Verhältnisse im Wilna-

che meint Jiddisch und Hebräisch. „Andere christliche Bekenntnisse“ bedeutet ostslawischer Ritus. „% der Ackerflächen“ meint Prozent der gesamten Nutzfläche.

² Eigene Schätzung. Zusätzlich Polen nach Bekenntniszugehörigkeit:

insg.	kath.	griech.-kath.	evang.
734,8	732,2	0,6	1,8
158,9	157,4	0,1	1,4
575,9	574,8	0,5	0,4

³ J. Turonek, Waclaw Iwanowski. Warszawa 1993.

gebiet geben. Die Polen stellten nicht weniger als die Hälfte der Bevölkerung (bei einer optimistischeren Schätzung sogar 60%). Der Anteil der Weißrussen betrug ca. ein Viertel, der der Juden weniger als ein Zehntel (wobei sie zahlreicher als die Litauer waren), der der Russen ca 3%. Klassifiziert man die Bevölkerung nach ihrem Bekenntnis, ergeben sich folgende Zahlen: 62,5% katholischen, 28% orthodoxen und 9% jüdischen Glaubens. Zusammenfassend kann man feststellen, daß jeder zweite Einwohner im Wilnagebiet einer nationalen und jeder dritte einer religiösen Minderheit angehörte.

Wilna war die einzige Großstadt mit 200 000 Einwohnern. Die übrigen 14 Städte der Wojewodschaft wurden von ca. 70 000 Menschen bewohnt, auf dem Lande lebten dagegen 1 013 000 Menschen, also fast 80% der Gesamtbevölkerung. Einen großen Prozentsatz der Bevölkerung in Wilna (fast 28%) stellten die Juden dar, was jedoch für die größeren Städte in Polen typisch war. Die Litauer wohnten vor allem im Landkreis Sвенčюnis und im Süden des Landkreises Trakai. Auch im Norden der Wojewodschaft Białystok existierte eine litauische Minderheit. Allerdings stellte sich diese Minorität aus Sicht der Behörden nur als außenpolitisches Problem dar.

Die nationalen Konflikte und Streitigkeiten äußerten sich auf unterschiedliche Weise. Die meisten Emotionen weckten, verbunden mit den Besitzverhältnissen, soziale Probleme, denn das Wilnagebiet war ein rückständiges Agrarland.

Landwirtschaft im Wilnagebiet

Größe in ha	0-2	2-5	5-10	10-15	15-50	50-100	100-500	500-1000	> 1000
Anzahl in Tsd.	14	52	50	14	12	1,4			
Anzahl in %	9	36	34	10	8	1,0			
% des Ackers	0,8	8	16	14	11	5,6	12	4,4	23,3

Ca. 650 000 Menschen (Familienangehörige mitgerechnet) lebten von der Arbeit im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb, ungefähr 250 000 Personen hingegen bearbeiteten das Land, ohne es jedoch zu besitzen, und weitere 200 000 Menschen ernährten sich durch Arbeit in Handel oder Handwerk.

Im Wilnagebiet gab es nur wenige Sägewerke und Werkstätten zur Instandhaltung der Eisenbahnen, bedeutende Industriebetriebe fehlten.

In den Städten dominierten Kleinhandel und Handwerk; die Erträge reichten jedoch gerade zum Überleben. Das Interesse an Regierungs- oder Verwaltungsstellen, welche ein festes Einkommen sicherten, reizten nur jene, die diese Ämter nicht erreichen konnten. Die Landwirtschaft besaß einen extensiven Charakter, was wiederum Hunger nach Ackerland weckte und Haß gegen die Besitzer schürte.

Die anfängliche Politik Polens hinsichtlich des Wilnagebietes zielte darauf ab, es in den wieder entstehenden polnischen Staat einzugliedern. Es gibt genug Beispiele dafür, daß die Polen das Gebiet in ihrem Bewußtsein als Teil ihrer Heimat betrachteten; andererseits jedoch entstand in der polnischen Sprache am Anfang des 20. Jahrhunderts die Bezeichnung „kresy“ (Randgebiet). Geographisch gesehen assoziierte man den Begriff mit denjenigen Gebieten, die Polen zwar 1772 an Rußland verloren hatte, die aber nicht zum polnischen Königreich gehörten und deshalb einer starken Depolonisierung unterlagen. Die Polen stellten in dieser Region eine spezifische soziale Schicht dar.

Die großen Ländereien wurden meistens von polnischen Pächtern und Unterpächtern bestellt. Diese pauperisierte Masse von Pächtern und Verwaltern bildete die Grundlage des Polentums unter der weißrussischen, litauischen und jüdischen Bevölkerung.⁴ Da der Adel und die katholische Kirche zu Trägern eines polnischen Nationalgefühls gegen den russischen Druck wurden, geriet die Bewahrung des polnischen Besitzstandes und des katholischen Glaubens zu einem Dogma, das dem Patriotismus der Randgebiete eine konservative Färbung verlieh.⁵

Polen als Staat wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen des Ersten Weltkrieges wiedergegründet, wobei die Proklamation der Kaiser von Deutschland und Österreich vom 5. November 1916 eine entscheidende Rolle spielte. Zu jener Zeit entstanden in der polnischen Gesellschaft zwei Konzepte der zukünftigen Unabhängigkeit. Ein solcher Ideendualismus war — unabhängig vom konkreten Anlaß seiner Entstehung — in bezug auf die Minderheiten immer vorhanden. Einer der Ansätze konzentrierte sich um die nationale Idee der Nationaldemokratischen Partei mit Roman Dmowski als ideologischem Führer. Er forderte einen starken Staat, der

⁴ Um die Ausführungen zu verallgemeinern, wären die polnisch-ukrainischen Verhältnisse zu berücksichtigen, da sie aber im Wilnagebiet nicht auftreten, verzichte ich darauf.

⁵ S. Kieniewicz, *Wpływ zaboru rosyjskiego na świadomość społeczeństwa polskiego* (Der Einfluß der russischen Besetzung während der Teilung auf das Bewußtsein der polnischen Gesellschaft), in: *Dzieje Najnowsze* (1977), H. 4, S. 112.

im Osten folgende Gouvernements umfassen sollte: Kaunas, Wilna, Grodno, einen Teil von Minsk und von Wolhynien. Seiner Meinung nach konnte das künftige Polen zwischen Deutschland und Rußland eine „Trennwand“ bilden, nicht aber einen „Damm“ (Bollwerk) gegen Rußland. Die polnische Nation sollte die Rolle des eigentlichen Souveräns spielen, andere Völker sich der Dominanz der Polen unterordnen. Man beabsichtigte, die slawischen Minderheiten zu polonisieren, wobei die Juden isoliert werden sollten.⁶ Das Konzept bekam die Bezeichnung „Inkorporation“, und seine Voraussetzungen bildeten die Grundlage des Programms des nationaldemokratischen Lagers in den folgenden Jahren.⁷

Die zweite der erwähnten Orientierungen entstand auf dem Boden der sozialdemokratischen Idee, genannt „Föderation“, mit Józef Piłsudski als Führer. Ihre Anhänger behaupteten, die Vermischung der verschiedenen Nationalitäten verhindere eine klare Bestimmung der ethnographischen Grenzen in Osteuropa. Eine Lösung der Widersprüche sollte auf dem Wege der Selbstbestimmung der Bevölkerung in freiwilligen Föderationen der Nachbarnationen und -staaten gesucht werden.⁸ Diese Idee, verbreitet durch demokratische Intellektuelle, griff das Lager der Legionäre und Polska Organizacja Wojskowa (POW) auf, die von einer Föderation der Nachfolgestaaten des zaristischen Rußland — Litauen, Ukraine, Weißrußland etc. — unter polnischer Vorherrschaft träumten.

Die Herren der Situation im Jahre 1918 jedoch waren die Deutschen. Sie schlossen im März in Brest-Litovsk am Bug einen Friedensvertrag mit Lenins Bolševiki, in dem Moskau unter anderem das Wilnagebiet verlor. Das Gebiet wurde der „Militärverwaltung Litauen“ eingegliedert, das zur territorialen Grundlage für das nach Unabhängigkeit strebende Litauen wurde — besonders erfolgreich seit dem 16. Februar im festen Pakt mit Deutschland.⁹

⁶ R. Dmowski, *Zagadnienia środkowo- i wschodnioeuropejskie* (Probleme Mittel- und Osteuropas). Częstochowa 1937, S. 264-350 (Pisma. 6.); R. Wapiński, *Endecja wobec kwestii ukraińskiej i białoruskiej* (Nationaldemokratie im Blick auf die ukrainische und weißrussische Frage), in: *Słowianie w dziejach Europy* (Die Slawen in der Geschichte Europas). Poznań 1974, S. 303.

⁷ J. Pajewski, *Odbudowa państwa polskiego 1914-1918* (Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914-1918). Warszawa 1978, S. 178.

⁸ J. Bardach, *Inflanty, Litwa i Białorus w twórczości B. Limanowskiego* (Livland, Litauen und Weißrußland in den Werken von B. Limanowski), in: *Przegląd Historyczny* (1974), H. 3, S. 488; H. Jabłońska, *Polityka PPS w czasie wojny 1914-1918* (Die Politik der PPS in der Kriegszeit 1914-1918). Warszawa 1958, S. 329 ff.

⁹ P. Łossowski, *Stosunki polsko-litewskie 1918-1920* (Die polnisch-litauischen Beziehungen 1918-1920). Warszawa 1966.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die deutschen Bemühungen zur territorialen Neuordnung des Ostens Europas zu schildern. Nicht unberücksichtigt kann jedoch bleiben, daß die deutschen Behörden sowohl den Litauern als auch den Weißrussen eine Reihe von Versprechungen machten, um deren nationale Ambitionen zu befriedigen. In der Folgezeit wurden diese Versprechungen und die erwähnte straffe Verwaltung zum Angelpunkt der litauischen und weißrussischen Forderungen an die polnischen Behörden.¹⁰

Die Kapitulation Deutschlands 1918, die Annullierung der Vertragsbedingungen von Brest-Litovsk und der Rückzug der deutschen Truppen stellten noch einmal das Problem der Zugehörigkeit von Wilna in Frage. Die litauische Taryba unter Mykolas Šleževičius zog nach Kaunas um. Auch von den Polen wurde Wilna nicht verteidigt. Die russische Armee rückte am 5. Januar 1919 in Wilna ein und proklamierte eine litauische Sowjetrepublik. Die Regierungsgewalt in der Stadt übte der Rat der Deputierten der Werktätigen mit Unterstützung des revolutionären, proletarischen Judentums aus. Bald darauf wurde die litauische Sowjetrepublik mit der Weißrussischen Republik vereinigt.¹¹

Die Politik der ersten Regierung im unabhängigen Polen wurde durch den erwähnten Dualismus charakterisiert. Der Sejm plädierte für die Rückforderung der Länder der ehemaligen Republik im Sinne der Inkorporation. Der Exekutiv- und Heerführer, Staatsoberhaupt Piłsudski, strebte ebenfalls nach dem Wiederaufbau des Staates in den ehemaligen Grenzen vor den polnischen Teilungen, wobei er jedoch auf das Föderationskonzept setzte. Diesen Plan realisierte er „*manu militari*“, indem er am 19. April 1919 Wilna eroberte.

Dieser Erfolg und kurze Zeit später die Besetzung des ganzen Gebietes bedeuteten den Übergang von verbalen Absichtserklärungen zu realer Politik, wobei drei Faktoren eine Rolle spielten: der außenpolitische, der innere und der soziale. Die Meinungen der ortsansässigen Bevölkerung waren unterschiedlich. Die Polen freuten sich, als sie ihre Landsleute auf den Straßen sahen. Die Juden standen den polnischen Absichten eher skeptisch gegenüber. Sie merkten nämlich, daß die Unterzeichnung des im Versailler Vertrag verankerten Minderheitenschutzes durch die polnische

¹⁰ K. Srokowski, *Sprawa narodowościowa na kresach wschodnich* (Die Nationalitätenfrage in den östlichen Randgebieten). Kraków 1924, S. 7.

¹¹ B. Waligóra, *Walka o Wilno* (Der Kampf um Wilna). Wilno 1938; A. Deruga, *Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy w 1918–1919* (Die Polnische Ostpolitik gegenüber den Gebieten Litauens, Weißrußlands und der Ukraine in den Jahren 1918–1919). Warszawa 1969.

Regierung von den Polen als Niederlage betrachtet wurde. Die Juden dagegen sahen darin eine Hoffnung auf Autonomie im polnischen Staat.

Die Unzufriedenheit der Juden äußerte sich auch in ihrer Reaktion auf das Dekret des Oberbefehlshabers vom Februar 1919, das bei der Bestimmung der Kompetenzen der jüdischen Gemeinden als Glaubensinstitution die Orthodoxen bevorzugte. In Wilna hingegen dominierten die Anhänger der Nationalgemeinden, welche mit einer kulturellen und politischen Autonomie gerechnet hatten. Sie behaupteten, daß sie ihre Ziele leichter erreichen könnten, wenn Wilna der litauischen Gesetzgebung unterliege. In dieser Hinsicht einigte Juden und Litauer die Idee von „Großlitauen“ mit der Hauptstadt Wilna. Die Anhänger der Bolševiki provozierten sogar lokale Unruhen in Wilna.¹²

Eine aktive polnische Politik begann Piłsudski am 22. April 1919 mit dem Aufruf „An die Bevölkerung von Litauen“. Er versprach die Einführung einer territorialen Verwaltung und ermutigte zur föderativen Lösung.¹³

Die ersten Reaktionen der Minderheiten waren nicht sehr verheißungsvoll. Der weißrussische Rat in Wilna forderte die Befreiung der übrigen weißrussischen Gebiete und die Bildung eines weißrussischen Staates. Mit dieser Zielsetzung wurde der Weißrussische Zentralrat gegründet. Die Litauer ihrerseits riefen das Litauische Wilnakomitee ins Leben. Die Freiheiten, die die Minderheiten formell gewonnen hatten, waren bedeutend: sie organisierten sich, druckten Zeitungen und eröffneten Schulen.

Es wäre eine große Übertreibung, die Situation als idyllisch zu bezeichnen. Der Liberalismus der Behörden resultierte aus dem administrativen Chaos, den fehlenden Kompetenzen, der Nähe eines polnisch-sowjetischen Krieges und der Instabilität der polnischen Lage.

Im Namen Polens agierte ein spezifisches Organ: die Zivilverwaltung der Ostgebiete (*Zarząd Cywilny Ziemi Wschodniej*), berufen vom Staatsoberhaupt und nicht aus dem Willen der Bewohner hervorgegangen. Diese Verwaltung zeigte sich eher fähig, den Besitzzuwachs der Minderheiten einzuschränken als eine gegenteilige Entwicklung einzuleiten. Das wiederum führte zu neuen Konflikten und Klagen.¹⁴

¹² E. Mendelsohn, *Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej w okresie międzywojennym* (Die Juden Mittel-Osteuropas in der Zwischenkriegszeit). Warszawa 1992, S. 61, 69 u. 83.

¹³ J. Piłsudski, *Pisma zbiorowe* (Gesammelte Werke). Bd. 5, Warszawa 1937, S. 75; J. Lewandowski, *Federalizm* (Föderalismus). Warszawa 1962.

¹⁴ B. Makowski, *Litwini w Polsce 1920–1939* (Die Litauer in Polen 1920–1939). Warszawa 1986, S. 89.

Die Föderationspläne vertraten ausschließlich die Piłsudski-Anhänger, die vor allem in Heereskreisen zu finden waren. Sie schürten auch im Sommer den mißlungenen Putsch in Kaunas. Das Bekanntwerden der Vorgänge machte letztlich jegliche Chancen zur Verständigung zwischen Kaunas und Warschau zunichte. Die „Pro Kaunas“-Option und die „Pro Polen“-Option unterschieden sich bei den litauischen Organisationen im Wilnagebiet deutlich.¹⁵ Um den wachsenden Konflikt zu lokalisieren, schlug Marschall Foch im Namen des Obersten Rates eine Demarkationslinie parallel zur Eisenbahnlinie Grodno-Wilna-Dünaburg vor, wobei die Strecke selbst und die an ihr liegenden Orte auf der polnischen Seite bleiben sollten.

Im Frühjahr 1920 unternahm Polen einen selbständigen Versuch, den Osten Europas zu organisieren.¹⁶ Der polnisch-sowjetische Krieg brachte für beide Seiten wechselnde Erfolge. Zuerst besetzten die Polen Kiew, aber schon drei Monate später stand die Rote Armee an der Weichsel. Im August wandte sich das Kriegsglück, und die Septemberschlacht an der Memel besiegelte den Sommerfeldzug. Scheinbar ging Polen als Sieger aus dem Konflikt hervor, aber von seinem ursprünglichen Ziel, die Verhältnisse im Osten nach eigenen Ideen zu gestalten — sei es durch Bildung einer Föderation oder sei es durch Schaffung einer exklusiven Einflußzone —, blieb es genau so weit entfernt wie vor dem Kiever Feldzug. Die am 11. September in Warschau erarbeitete Anweisung für die Friedensdelegation legte fest, daß Wilna an Polen fallen sollte. Der nördliche Teil der Grenze verlief entlang der deutschen Schützengräben aus den Jahren 1915/1917, d.h. an einer Linie von Dünaburg bis Baranowicze.¹⁷

Die erwähnte Vorstellung von der Ostgrenze, die wohlgermerkt von den Bolšewiki akzeptiert wurde, spiegelte die Meinung der Heeresfachleute wider. Sie stimmte mit den Inkorporationsforderungen von Dmowski überein. Auf diese Weise steckte man die Ostgrenze Polens ab, die gleichzeitig die Ostgrenze des Wilnagebietes darstellte. In der Region selbst spielte sich die Dramatik der Ereignisse auf andere Weise ab. Während des

¹⁵ Ebenda, S. 36 f.

¹⁶ T. Jędruszcak, Powstanie II Rzeczypospolitej — problem granic (Die Entstehung der Zweiten Republik — das Grenzproblem), in: *Z Perspektywy 60 lat (Aus der Perspektive 60 Jahre später)*. Warszawa 1982, S. 26; P. Łossowski, Stosunki Polski z sąsiadami (Polens Beziehungen zu den Nachbarn), in: Ebenda, S. 303; M. Kukiel, *Dzieje Polski porozbiorowej (Geschichte Polens nach den Teilungen)*. Londyn 1961, S. 573.

¹⁷ Instrukcja ROP z 11 IX 1920 (Die Instruktion des Staatsschutzrates vom 11.9.1920), in: *Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich (Dokumente und Materialien zur Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen)*. T. 3, Warszawa 1964, S. 419-422.

triumphalen Feldzuges der Roten Armee nach Westen schloß Rußland mit Litauen am 12. Juli 1920 einen Friedensvertrag, der dessen territoriale Bestrebungen zufriedenstellte und ihm die Landstriche um Grodno, Wilna und Lida zuerkannte. Die Gebiete wurden an die Litauer erst nach der Niederlage bei Warschau Ende August übergeben. Da die Kämpfe zwischen Polen und Sowjets sich auch im Wilnagebiet abspielten, geriet Polen mit den Litauern in einen Krieg, den es gerade vermeiden wollte. Um das Problem der Zugehörigkeit des Wilnagebietes zu lösen, organisierte Piłsudski einen Putsch, dessen Hintergrund damals geheim blieb. Aus der polnischen Armee sonderte man eine litauisch-weißrussische Division aus, in der angeblich nur Litauer und Weißrussen dienten. Diese Einheit, befehligt von General Żeligowski, wiegelte demonstrativ die Bevölkerung auf und „befreite“ am 9. Oktober Wilna. Nach einer Woche Kampf stabilisierte sich die Front auf der „Foch-Linie“. Auf dem Gebiet östlich dieser Linie, im Osten und Süden beschränkt durch die Grenze, die die Bolšewiki Litauen zugestanden hatten, proklamierte Żeligowski einen Staat mit der Bezeichnung Mittellitauen (Litwa Środkowa). Er umfaßte die Landkreise Wilna, Trakai, Oszmiany, Święciany und einen Teil von Postawy: insgesamt 15 000 km² mit 400 000 Einwohnern. Żeligowski behielt die oberste Gewalt in seiner Hand. Seine Dekrete vom 12. Oktober bestimmten die politische Ordnung in Mittellitauen. Am 21. November wurde der Waffenstillstand zwischen Litauen und Mittellitauen unterzeichnet, dem eine Woche später ein Waffenstillstandsprotokoll folgte.

Der polnisch-litauische Streit wurde chronisch, man versuchte ihn aber nicht mehr mit Waffengewalt auszutragen.¹⁸ Der polnisch-litauische Waffenstillstand fiel mit dem Beginn der polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen in Riga zusammen, die am 18. März 1921 mit einem „ewigen“ Frieden ihren Abschluß fanden. Das wiedergeborene Polen mit 30 Millionen Einwohnern wurde zu einem großen Staat im Nordosten Europas.¹⁹

Die in Riga vereinbarte Grenzziehung halbierte Weißrußland und band seinen östlichen Teil an Rußland und den westlichen an Polen. Der Vertrag bestimmte außerdem den nationalen Charakter des polnischen Staates.

¹⁸ P. Łossowski, *Po tej i tamtej stronie Niemna (Diesseits und jenseits des Niemen)*. Warszawa 1985, S. 183 u. 190.

¹⁹ M. Bobrzynski, *Dzieje Polski w zarysie (Geschichte Polens im Abriß)*. T. 3, Warszawa 1931, S. 408; A. Skrzypek, *Rewolucja Październikowa a niepodległość Polski (Die Oktoberrevolution und die Unabhängigkeit Polens)*, in: *Kwartalnik Historyczny* (1978), Nr. 4, S. 838.

Die Föderalisten verschoben die Parole eines unabhängigen Weißrußland auf spätere Zeiten²⁰ und forderten eine Lösung nach autonomem Muster.

Die Piłsudski-Anhänger sicherten der Minderheit ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu, die verbal durch die internationalen Verpflichtungen in Paris und Riga bestätigt wurde. In der Verfassung vom 19. März 1921 wurde den Minderheiten der Artikel 109 gewidmet, der der nichtpolnischen Bevölkerung das Recht zur selbständigen Entwicklung „mit Hilfe der autonomen Minderheitenvereine mit öffentlich-rechtlichem Charakter innerhalb der allgemeinen Verwaltungspraxis“ sicherte. Somit entstand ein Programm der staatlichen Assimilation, das von Natur aus einer liberalen Doktrin entsprach.

Die Zukunft war nun mit dem Geschehen in jenem Staatsgebilde, das Mittellitauen genannt wurde, verbunden. Die Machtbefugnisse in Händen von General Żeligowski und der Tymczasowa Komisja Rządząca (TKL; der Interimsregierungskommission) ließen viele Möglichkeiten zu. Das war aber nicht als ein Ergebnis des Liberalismus der Regierung zu verstehen, sondern vielmehr als Folge des allgemeinen Chaos, von Drohungen und der Furcht vor einer populistischen Lösung. Die Behörden stimmten eilig der Reaktivierung von Vertretungen der Litauer und Weißrussen zu. Ihnen wurden viele Zugeständnisse hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten, der Verteidigung ihrer bürgerlichen und nationalen Rechte, der Schulkuratorien und anderer Einrichtungen gemacht. Jeder Minderheit gestattete man, in Wilna ein Privatgymnasium zu eröffnen. In der Umgebung gab es mehrere Schulen mit der jeweiligen Muttersprache als Unterrichtssprache. Mehrere litauische und weißrussische Vereine wurden wiedergegründet. Neben diesen beiden Minderheiten erhielten auch die Juden die Möglichkeit, mehrere Zeitungen herauszugeben, um den Bedürfnissen der Leser nachzukommen. Dennoch war das Verhalten der Behörden nicht rundweg großzügig, denn oft wurden Publikationen als unerwünscht eingestuft oder konfisziert bzw. aufgehoben. Gleichzeitig stellte es kein Problem dar, die Zeitschriften nach einer minimalen personellen Veränderung in der Redaktion umgehend neu zu gründen. Im allgemeinen kann festgehalten werden, daß sich die Behörden nach einer national-kulturellen Autonomie richteten, in der Hoffnung, auf diese Art und Weise die Minderheiten zu gewinnen. Man beabsichtigte, die Aktivitäten der weißrussischen Intelligenz auf bildungspolitischem Gebiet aufzufangen und durch ihre Anstellung in öffentlichen Ämtern vom Staat finanziell abhängig zu machen.

²⁰ S. Mikulicz, *Prometeizm w polityce II Rzeczypospolitej* (Promethidentum in der Politik der Zweiten Republik). Warszawa 1971.

Die weißrussische Sprache sollte Amtssprache werden. Als beste Form der staatlichen Schule wurde die zweisprachige vorgeschlagen.²¹ Der Weißrusse Bronisław Taraszkiewicz wurde ein Mitarbeiter im Bildungsministerium der TKL. In der historischen Literatur wirft man der Regierung von Mittellitauen in ihrer Minderheitenpolitik einen Mangel an Konsequenz vor, der sich aus der Personifizierung vieler Entscheidungen und dem Fehlen an menschlichen und materiellen Ressourcen ergab. Die Unmöglichkeit, Litauen (Kaunas) für die Föderation mit Polen zu gewinnen, der Mißerfolg der Kantonisation ganz Litauens, die vom Vertreter des Völkerbundes Paul Hymans vorgeschlagen worden war, sowie die Ablehnung einer Lösung durch ein Plebiszit entschieden über das Schicksal von Mittellitauen. General Żeligowski ordnete Wahlen zu einem Ortsparlament an. Die nationalen Minderheiten beschlossen, den Urnengang zu boykottieren. Man kann dieses Vorgehen nicht als weitsichtigen Schritt bezeichnen, denn nach offiziellen Angaben erreichte die Wahlbeteiligung am 8. Januar 1922 64%. Das Ergebnis bestätigte eher die polnische These von den nationalen Verhältnissen, als daß es sie widerlegte.

Auf polnischer Seite waren folgende Gruppierungen von Bedeutung:

1. die Konservativen und Gutsbesitzer (ihre Ansichten vertrat die Zeitung „Słowo“).
2. die nationale Option („Dziennik Wileński“)
3. die Liberalen und Piłsudski-Anhänger („Kurier Wileński“)
4. die „Landesoption“²² („Przegląd Wileński“).

Die Mehrheit erhielten die Anhänger der Inkorporation, d.h. die beiden zuerst Erwähnten. Daher legte der Wilnaer Sejm auf seiner ersten und einzigen Sitzung in einem Beschluß fest, das Wilnagebiet Polen einzuverleiben. Die Anhänger der autonomen Lösung hatten verloren.²³ Nach einigen Verfahrensverzögerungen, die durch das Veto von Piłsudski zustande kamen, akzeptierte der Sejm der Republik Polen die Entscheidung der Kammer von Wilna. Mittellitauen wurde von Polen vereinnahmt.

Die Bildung der Wojewodschaft Wilna, die ein Gebiet doppelt so groß wie Mittellitauen umfaßte, eröffnete einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Gebietes. Wilna wurde zu einem politischen, kulturellen und

²¹ Memoriał Referatu Narodowościowego „Polska a sprawa białoruska“ (Memorandum des Nationalitätenreferates „Polen und die weißrussische Sache“). Archiwum Polskiej Akademii Nauk (Archiv der Polnischen Akademie der Wissenschaften) (APAN), Materiały Ludwika Eckerta (Materialien Ludwig Eckert), III-180/71.

²² Diesen Begriff sollte man erklären als Vertretung der Hiesigen, Ortsansässigen und Autonomen.

²³ S. Bukowiecki, *Polityka Polski Niepodległej* (Politik des unabhängigen Polen). Warszawa 1922; T. Hołówko, *Kwestia narodowościowa w Polsce* (Die Nationalitätenfrage in Polen). Warszawa 1922.

religiösen Zentrum für einen Landstrich größer als die Wojewodschaft, der im Süden durch den Prypjat und im Westen durch die Biber begrenzt wurde. Für Weißrussen, Juden und Litauer, die sich auf diese Weise innerhalb des Staatsgebietes Polens wiederfanden, ergab sich das Dilemma, Mitglieder einer neuen Gesellschaft zu sein. Die Bemühungen um Revision, auf die die Litauer ostentativ zielten, da sie sich mit dem Verlust von Wilna nicht einverstanden erklären wollten, stießen auf Gegenmaßnahmen der polnischen Regierung. Ähnlich verfolgt wurden die Weißrussen, die als Zentrum der Wiedervereinigung Minsk ansahen.

Bei Betrachtung der Minderheitenpolitik sollte bedacht werden, daß der polnische Staat in vielen Bereichen, z.B. rechtlichen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, schulischen, usw. ein Konglomerat aus Regionen darstellte. Der Starost konnte also relativ weitläufig Recht interpretieren. Die Regierungsbehörden huldigten einer liberalen Doktrin in anachronistischer Gestalt, d.h. die Sorge um das Schulwesen, das Gesundheitswesen und die soziale Fürsorge überließ man den Betroffenen. Auf diese Weise wuchs die Bedeutung aller Selbstverwaltungsorganisationen, Vereine und Religionsgemeinschaften. Deren Entwicklung wurde einerseits durch die materielle Armut der durch den Krieg ruinierten Gemeinden, andererseits durch den gebieterischen Eifer der Verwaltung, die leider nur über geringe Qualifikation verfügte, behindert. Ein fundamentales Problem für Polen stellte die Durchführung einer Agrarreform dar, die eine gesunde Struktur in der Landwirtschaft sichern sollte. Nach damaliger Meinung identifizierte man die Reform hauptsächlich mit einer Parzellierung der großen Gutshöfe. Wäre es im Wilnagebiet dazu gekommen, dann hätte sich die Minderheitenproblematik geändert. Umgekehrt führte das Blockieren der Reform zu einem winterschlafartigen Bewahren des erwähnten polnischen Besitzes und Kulturgutes. Die Armut der Dorfbevölkerung begrenzte wiederum die Möglichkeiten, die Bedürfnisse nach Schulen und Kultur erfüllen zu können.

Ein anderer Antagonismus offenbarte sich bei der Stellenbesetzung in Verwaltung und Regierungsämtern. Die Arbeit bei Post, Eisenbahn oder dem Forstdienst stellte in einer Zeit ein Privileg dar, in der ein festes Einkommen mit dem Recht auf Rente nur schwer zu erlangen war. Gegen die Beschäftigung von Nicht-Polen auf diesen Stellen wandten sich die Anhänger der nationalen Assimilation aus dem Lager der Nationalen Demokraten.²⁴

²⁴ A. Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939* (Konzeptionen der Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen in den Jahren 1921–1939). Wrocław 1978, S. 24.

Große Hoffnungen auf eine Polonisierung verband die Regierung mit der Ansiedlung von Militärangehörigen. Nach dem Gesetz vom 19. Dezember 1920 sollten die Veteranen aus dem Krieg gegen die Bolševiki staatliches oder aufgegebenes Land nebst Krediten für die Bewirtschaftung erhalten. Die Siedler galten als Fels des Polentums, was im Klartext bedeutete, daß man ihnen staatliche und kleinere Verwaltungsstellen sowie die Zusammenarbeit mit der Polizei anvertraute. Dieser Sachverhalt wurde zu einer Quelle der Zwietracht in den Konflikten mit der alteingesessenen Bevölkerung.²⁵

Zu einem folgenschweren Ereignis wurden die Wahlen zum Sejm im Jahre 1922. Die nationalen Minderheiten im Wilnagebiet verzichteten auf einen nochmaligen Boykott und beschlossen, ihre konstitutionellen Rechte in Anspruch zu nehmen, indem sie sich für das Programm der staatlichen Assimilation aussprachen. Im Gegenzug fanden die Kandidaten der Minderheiten in die Regierungsliste Aufnahme, wie z.B. Bronisław Taraszkiewicz. Das Wahlkomitee der Weißrussen operierte mit drei Schlagworten:

1. Land für die Bauern ohne Ablösung,
2. Schulunterricht in der Muttersprache,
3. territoriale Autonomie.

Diese Prioritäten kennzeichneten sehr deutlich die Größe der Erwartungen.²⁶ Man erreichte Mandate: die Abgeordneten der nationalen Minderheiten verfügten über 89 von 444 Sitzen im Wilnaer Sejm. Hatte Polen die Wahlen in den Randgebieten verloren? Diese Frage muß man verneinen: die Zusammensetzung des Parlaments spiegelte die nationalen Verhältnisse im Lande wider.

Im Sejm hatte das Bündnis der Linken und der nationalen Minderheiten keinen Erfolg. Die Einigung der Großgrundbesitzer, der National-Demokratischen Partei und der Polskie Stronnictwo Ludowe Piast (PSL; der Bauernpartei) vom Mai 1923 ebnete den Weg für eine Zentrum-Rechts-Regierung. Es eröffneten sich schlechte Aussichten für die Minderheiten. Die politische Einigung verzögerte die landwirtschaftliche Reform und förderte die Beschneidung der Rechte von nationalen Minderheiten auf dem Gebiet von Kultur und Wirtschaft sowie die Ausweitung der Rechte der katholischen Kirche auf Kosten anderer Bekenntnisse. Die Anhänger der Zentrum-Rechtspartei wollten sich einen nationalen

²⁵ W. Pobóg-Malinowski, *Najnowsza historia polityczna Polski* (Die neueste politische Geschichte Polens). Bd. 2/1, Paryż 1956, S. 441.

²⁶ A. Bregman, *Rzecz o Bronisławie Taraszkiewiczzu* (Die Angelegenheit Bronisław Taraszkiewicz). Warszawa 1977, S. 81.

Anstrich geben, indem sie an dem Prinzip festhielten, daß Polnisch die ausschließliche Amtssprache und in der staatlichen Schule die einzige Unterrichtssprache sein sollte. Die Minderheiten durften ihre eigenen Schulen und wirtschaftlich-kulturellen Institutionen behalten. Für deren Unterhalt mußten sie jedoch alleine aufkommen. Auch die nationale Assimilation der Weißrussen sollte verstärkt werden.²⁷

Viele Angaben deuteten darauf hin, daß in diesen Absichten mehr Wollen als Realismus steckte. Man schikanierte Menschen, die der staatlichen Assimilationspolitik zugeneigt waren, wie z.B. Taraszkiewicz, und unterstützte damit die Gegner. Die weißrussische Bewegung radikalisierte sich und verwarf den Gedanken einer nationalen Autonomie zugunsten revolutionärer Bestrebungen. Diesen Stimmungsumschwung versuchten die Kommunisten mit Erfolg auszunutzen und gründeten die Kommunistische Partei Weißrußlands mit Zentrum in Wilna.²⁸

Die sowjetische Politik erschien den Weißrussen attraktiv, weil sie mit dem Trugbild einer Autonomie im Sowjetstaat operierte. Für diese Richtung setzte sich auch die Intelligenz ein, die von den polnischen Machthabern sich selbst überlassen worden war. Der von der Agrarreform beeindruckte Bauer setzte die Bestrebungen der sowjetischen Politik mit der Enteignung der Großgrundbesitzer gleich und neigte zum bewaffneten Kampf gegen die Verwaltung in den Randgebieten, Großgrundbesitzer und Siedler unter der Parole einer Angliederung an die Weißrussische SSR.²⁹

In dieser Atmosphäre nahm der aus Minsk und Kaunas unterstützte Partisanenkampf zu. Sein Höhepunkt fiel auf den Sommer 1924. Die Militärbehörden verlangten die Übernahme der ganzen Macht von der unfähigen Verwaltung.³⁰ Zum designierten Wojewoden von Wilna wurde General Władysław Raczkiewicz bestimmt, der die Verfügungsgewalt über das Heer erhielt. Der Grenzschutz übernahm vom Heer eine parapolizeiliche Formation, Korpus Ochrony Pogranicza (KOP; Grenzschutzkorps). Ein Militäreinsatz unterdrückte den Aufbruch. Mitte des Jahres 1925 gab der

²⁷ S. Grabski, *Z codziennych walk i rozważań* (Aus den alltäglichen Kämpfen und Überlegungen). Poznań 1923, S. 45.

²⁸ A. Bregman, *Sprawy białoruskie w II Rzeczypospolitej* (Die weißrussischen Fragen in der Zweiten Republik). Warszawa 1984, S. 106.

²⁹ Srokowski, *Sprawa* (wie Anm. 10), S. 24.

³⁰ *Sytuacja na Kresach i konieczność sanacji polityki narodowościowej. Referat II Oddziału Sztabu Generalnego z 24 III 1924* (Die Situation in den Randgebieten und die Notwendigkeit der Sanierung der Nationalitäten. Referat der zweiten Abteilung des Generalstabes vom 24.3.1924). Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych (Zentrales Archiv des Innenministeriums) (CA MSW), B II-1/2.

Vorstand der Kommunistischen Partei Westweißrußlands, der *Komunistyczna Partia Zachodniej Białorusi* (KPZB), die Hoffnung auf einen Aufstand auf: die Partisanentruppen wurden aufgelöst.

Die Litauer paßten sich erfolgreicher an, indem sie die allgemeine Zustimmung der Regierung für die Hebung der Bildung und die Unterstützung der Wirtschaft ausnutzten, sofern dies den Haushalt nicht belastete. Hierbei half die von Kaunas an das Litauische Interimskomitee (TKL) fließende Finanzhilfe.

Im September 1922 entstand auf Veranlassung des Komitees der Bildungsverein „Rytas“, um das litauische Schulwesen zu organisieren. Es gab damals etwa 60 litauische Schulen im Wilnagebiet. Der litauische katholische Verein der Enthaltsamkeit wurde wiedergegründet, der unter anderem Lesesäle unterhielt.³¹

Die erste Regierung der Republik Polen, die sich effektiv mit dem Problem der Minderheiten beschäftigte, war das im Dezember 1923 gebildete Kabinett von Władysław Grabski. Die Taktik eingeschränkter Kompromisse ordnete der Ministerpräsident der Integrität des Staates unter. Als erstes regelte man die Sprachenfrage und die Organisation des Schulwesens in den Ostgebieten. Die entsprechenden Gesetze beschloß der Sejm am 31. Juli 1924. Die von Grabski vorgeschlagenen Lösungen stimmten mit den internationalen Verpflichtungen Polens überein und entsprachen einer pragmatischen Konzeption, aber die Chance einer allgemeinen Eintracht wurde nicht völlig ausgenutzt, da die Anhänger der polnischen Rechtsparteien eine solche Lösung als zu weitgehend ablehnten. Die Minderheiten ihrerseits beurteilten die erhaltenen Zugeständnisse als zu gering. Die Schulen sollten jetzt aus dem Staatsbudget finanziert werden, und die Eltern bestimmten, welche Schule ihr Kind zu besuchen habe. Grabski verringerte die Zahl der Schulen, sorgte aber zugleich dafür, daß sie mehrere Klassen und einen besseren pädagogischen Lehrkörper erhielten.³² Außerdem bevorzugte er zweisprachige Schulen, wobei die Zahl der Unterrichtsstunden in Polnisch nur geringfügig höher war als die der Sprache der jeweiligen Minderheit.

Die Reformen von Grabski wurden von den Litauern unterstützt, die, was Lehrkräfte und Organisation betraf, auf einen solchen Schritt gut vorbereitet waren. Der Wojewode Malinowski schätzte ihre Loyalität und unterstützte sie bei der Reform des Schulwesens. Das Privatgymnasium

³¹ Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 54 ff., 125, 137 u. 237.

³² S. Mauersberg, *Szkolnictwo powszechne dla mniejszości narodowych w Polsce w latach 1918–1939* (Volksschulwesen für die nationalen Minderheiten in Polen 1918–1939). Wrocław 1968, S. 107 u. 115.

„Vytautas der Große“ erhielt den Status einer staatlichen Schule. Im Mai 1925 wurde der Verein der Litauischen Lehrer registriert und im Oktober die Litauische Gesellschaft Heiliger Kasimir, die die Verbreitung von Bildung und Kultur unter den Jugendlichen zur Aufgabe hatte. Die Gesellschaft war im folgenden Jahrzehnt besonders auf dem Lande aktiv, um dort das litauische Volkstum zu festigen. Im Oktober 1925 kam „Vilniaus Aidas“ heraus, eine Zeitung, die unter den litauischen Blättern mit 5 000 Exemplaren die höchste Auflage hatte.³³

In der Fachliteratur findet man nur wenige Informationen über das Verhältnis der Regierung zur jüdischen Minderheit. Wie es scheint, hielt sich die Regierung zurück bzw. distanzierte sich von den Assimilationsparolen, die besonders laut unter den Angehörigen der PPS (Polska Partia Socjalistyczna; Polnische Sozialistische Partei) zu hören waren. Die Juden von Wilna waren untereinander mit dem Streit zwischen den Anhängern des Bundes (Ogólny Żydowski Związek Robotniczy w Polsce i Rosji; Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Polen und Rußland), den Anhängern der Volkspartei (Żydowska Partia Ludowa; Jüdische Volkspartei in Polen) und den Zionisten beschäftigt. Aufgrund der Emigration erfreuten sich letztere der Protektion seitens der Regierung. Doch auch die Bemühungen ihrer Rivalen waren nicht erfolglos. Im Jahre 1925 entstand in Wilna das Jüdische Wissenschaftliche Institut (YIWO).³⁴ Die Regierung beschloß, die staatlichen Abiturzeugnisse des jüdischen Lehrerinstituts anzuerkennen.

Im Gegensatz zur staatlichen Assimilation im Bereich des Schulwesens herrschte auf dem Gebiet der lokalen Stellenbesetzung Kampf. Die Ortsverwaltung und die staatlichen Ämter stellten niemanden ein, der sich offen zu einer nationalen Minderheit bekannte. Das Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych) empfahl den Wojewoden, in der örtlichen Verwaltung „Kolonisten“ einzustellen. Wenn die Besetzung der Gemeindeverwaltung die nationalen Proportionen widerspiegelte, dann dominierten die Polen auf der Landkreisebene.³⁵

Große Probleme bereitete den Behörden die Kirche. Die Regierung der Republik Polen strebte die Unabhängigkeit der orthodoxen Kirche in Polen von der Obrigkeit des allrussischen Patriarchen an. Für diese Politik

³³ Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 54 ff., 125, 137 u. 237.

³⁴ Mendelsohn, Żydzi (wie Anm. 12), S. 98.

³⁵ In den Gemeinden fielen auf 1 175 Abgeordnete 64,4% Polen, 28,6% Weißrussen, 5,6% Litauer und 1,5% andere. In den Landkreisparrlamenten waren von 229 Mitgliedern 184 Polen, 37 Weißrussen und nur fünf Litauer. Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 57.

gewann man einen Teil des Episkopats, obwohl seine Vertreter russischer Nationalität waren. Im September 1921 wurde der Erzbischof Jerzy Jarszewski zum Exarchen gewählt, und im Juni 1922 erklärte die Bischofssynode die Autokephalie der orthodoxen Kirche in Polen. Die Bischöfe der nordöstlichen Gebiete, darunter der Bischof von Wilna und der litauische Bischof Eleuterios, widersprachen der Entscheidung.³⁶

Der Bischof von Wilna initiierte sogar einen Protest gegen die Abtrennung der orthodoxen Kirche in Polen von der russischen Mutterkirche. Unter dem Druck der Verwaltungsbehörden wurde ihm am 6. September 1922 die Leitung der Diözese Wilna entzogen. Bischof Eleuterios wurde zuerst interniert; später erlaubte man ihm dann aufgrund der Proteste der orthodoxen Bevölkerung Wilnas, Polen zu verlassen.³⁷

In der Wojewodschaft Wilna, in der die Orthodoxie für Weißrussen gewissermaßen als Nationalkirche galt, gab es 1924 91 Gemeinden und 22 Filialgemeinden, die ca. 270 000 Gläubige betreuten. Wider Erwarten bereitete auch die Hierarchie der katholischen Kirche Schwierigkeiten. Nach 1918 wurde ein Litauer Ordinarius von Wilna. Die Polen meinten anfänglich, er unterstütze die Idee der Union oder der Föderation. Die Anhänger der nationalen Assimilation zählten bei der Polonisierung der Weißrussen auch auf die Kirche. Als sie enttäuscht wurden, begann man plötzlich, sie zu bekämpfen. Ergebnisse blieben jedoch bis zum Abschluß eines Konkordats im Herbst 1925 aus. Der Vertrag bestätigte die neue Kircheneinteilung Polens. Wilna stieg zum Erzbistum auf, und der demissionierte Matulewicz wurde durch Romuald Jałbrzykowski ersetzt, der nun seinerseits von den Litauern negativ beurteilt wurde.³⁸ Jałbrzykowski genoß dagegen das Vertrauen der staatlichen Behörden, denn gegenüber dem griechisch-orthodoxen ostslawischen Ritus war er gemäßigter als die anderen. Nach Auffassung der Kurie in Rom sollte die Aktion die Orthodoxen in den Schoß der katholischen Kirche zurückbringen. Nach Meinung der Warschauer Behörden schürte sie Konflikte in den nationalen Beziehungen und schadete damit sowohl der Polonisierung der Weißrussen als auch deren Konvertieren zum Katholizismus.

³⁶ J.S. Langrod, *O autokefalii prawosławnej w Polsce* (Über die orthodoxe Autokephalie in Polen). Warszawa 1931; M. Papierzyńska-Turek, *Między tradycją a rzeczywistością* (Zwischen Tradition und Wirklichkeit). Warszawa 1989, S. 108 ff.; W. Lubicz, *Z zagadnień narodowościowych i ustrojowych w Cerkwi prawosławnej w Polsce* (Über die Probleme der Nationalitäten und Gesellschaftsordnungen in der orthodoxen Kirche in Polen), in: *Sprawy Narodowościowe* (1928), Nr. 2, S. 181-187.

³⁷ Papierzyńska-Turek, *Między tradycją* (wie Anm. 36), S. 115.

³⁸ J. Wisłocki, *Konkordat polski z 1925 r.* (Das polnische Konkordat des Jahres 1925). Poznań 1977, S. 123.

Die Machtübernahme durch Józef Piłsudski nach dem Putsch im Mai 1926 begrüßten die Minderheiten mit Hoffnung. Optimismus verbreitete der neue Premier K. Bartel. Er versprach die loyale Einhaltung der Verfassung und der Verpflichtungen aus den internationalen Verträgen sowie die Aufhebung jeglicher rechtlicher Beschränkungen hinsichtlich Nationalität und Religion.³⁹ Piłsudski erkannte die Notwendigkeit für ein Regierungsprogramm zur Minderheitenfrage. Mit dieser Aufgabe beauftragte er zwei Minister: Kazimierz Młodzianowski (Inneres) und Antoni Sujkowski (Ministerium für Glaubensfragen und öffentliche Bildung).

Am 18. August 1926 stellte Młodzianowski dem Ministerrat einen Entwurf vor. Der allgemeine Teil, den man aus der Perspektive des Wilnagebietes als an die Weißrussen adressiert ansah, deutete darauf hin, daß das Ziel der Politik die staatliche Assimilation sein sollte. Dagegen sah das Konzept vor, die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Minderheiten auf Ebene der Selbstverwaltung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu befriedigen.⁴⁰ Auch wurde die Durchführung einer Agrarreform vorgesehen.

Als diese Pläne, die dem paradoxen Bündnis der Rechten und der Minderheiten zu verdanken waren, dem Sejm vorgestellt wurden, entließ das Parlament ihre geistigen Urheber.⁴¹ Piłsudski, der das Problem der Polonisierung der litauischen Minderheit bagatellierte, erklärte weitere Konzessionen zu politischen Tauschobjekten gegenüber Kaunas.

Von nun an entschieden über die Politik gegenüber der litauischen Minderheit nicht ihre Forderungen oder Bedürfnisse oder gar ihre Einstellung zum polnischen Staat, sondern die Interessen der polnischen Außenpolitik gegenüber Litauen. Anfänglich hatten die Litauer in Wilna Nutzen davon: Sowohl das Vytautas-Gymnasium als auch das Lehrerseminar in Wilna erhielten öffentlich-rechtlichen Status. Außerdem bekam die Litauische Gesellschaft der Wohltätigkeit ein neues Statut, das ihren Wirkungsbereich vergrößerte.⁴²

Die Unruhen nach dem Mai-Putsch nutzten auch die Weißrussen aus. Sie ließen in Wilna im Mai 1926 den Weißrussischen Bauern-Arbeiter-Verein „Hromada“ registrieren. Die Organisation ging aus dem Zusammenschluß einiger linksgerichteter Abgeordneter hervor, die sich vom Weißrussischen Club innerhalb des Sejms abgesondert hatten, darunter auch

³⁹ K. Bartel, *Mowy parlamentarne* (Parlamentsreden). Warszawa 1928, S. 22.

⁴⁰ Protokół posiedzenia Rady Ministrów RP 18.VIII.1926 (Sitzungsprotokoll des Ministerrates der Republik Polen 18.8.1926), in: *Dzieje Najnowsze* (1972), H. 3, S. 148-160.

⁴¹ Chojnowski, *Koncepcje* (wie Anm. 24), S. 130.

⁴² Makowski, *Litwini* (wie Anm. 14), S. 48 f. u. 114.

Taraszkiewicz. „Hromada“ entwickelte sich stürmisch und zählte in wenigen Monaten 100 000 Mitglieder. Der Vorstand befand sich in Wilna. Die Organisation war plebejisch mit einem demokratischen Programm und forderte die Vereinigung der weißrussischen Gebiete. Innerhalb des Vereins existierten verschiedene Richtungen, darunter auch eine, die für eine Aussöhnung mit der Regierung eintrat. Andererseits wurde die Organisation stark von den Kommunisten unterwandert.⁴³

Das Phänomen der „Hromada“ entstand als Konsequenz sozialer Mißstände — besonders in der Landwirtschaft und innerhalb der Bildungsschicht. Diese wurde sich selbst überlassen und glaubte nicht mehr an die ehrlichen Absichten der polnischen Demokratie. Nachdem Młodzianowski und Sujkowski geopfert worden waren, die an die Forderungen der landwirtschaftlichen Reform erinnert hatten, beschritt Piłsudski den Weg der Verständigung mit den Großgrundbesitzern. Ende November 1926 kam er nach Wilna, wo er mit Vertretern des Grundbesitzes und der örtlichen Verwaltung, an deren Spitze wieder Władysław Raczkiewicz stand, eine Konferenz abhielt. Unter dem Druck der Großgrundbesitzer, die ihren Fürsprecher in Justizminister A. Meysztowicz fanden, wurde die Regierung zu einer Aktion gegen die „Hromada“ bewogen.⁴⁴ Nach zahlreichen Festnahmen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen auch in der Gesellschaft der Weißrussischen Schule wurde die „Hromada“ am 21. März 1927 verboten. Ein Jahr später fand ein Prozeß gegen ihre Führer statt, der die Abhängigkeit der Organisation von der Komintern nachwies. Trotz der Repressalien gegenüber der „Hromada“ hielten die Behörden am Kurs der staatlichen Assimilation fest. Der Minister Gustav Bobrucki (WRiOP) erließ eine Verfügung, die Weißrussisch in polnischen Gymnasien einführt und damit eine Präferenz für zweisprachige Schulen bedeutete. Daneben wurden neue weißrussische Schulen eröffnet, andere bekamen einen öffentlichen Status.⁴⁵ Im Geistlichen Orthodoxen Seminar in Wilna wurde Weißrussisch als Unterrichtsfach eingeführt. Die in Wilna lernende und studierende Jugend erhielt zur Andacht eine kleine griechisch-katholische Kirche. Die Zahl der orthodoxen Gemeinden stieg im Wilnagebiet um 8%, aber die Bemühungen der Weißrussen um eine eigene Kirchengemeinde in Wilna hatten keinen Erfolg. Die Behörden übertrugen die Entscheidung dem Bischof Teodozjusz. Dieser, unterstützt durch

⁴³ Bregman, *Sprawy* (wie Anm. 28), S. 114 ff.

⁴⁴ S. Rudnicki, *Nieznany dokument w sprawie Sylwestra Wojewódzkiego* (Ein unbekanntes Dokument in Sachen Sylwester Wojewódzki), in: *Przegląd Historyczny* (1976), H. 1, S. 72.

⁴⁵ Mauersberg, *Szkolnictwo* (wie Anm. 32), S. 109.

den russischen Episkopat und durch die Großgrundbesitzer der Randgebiete, widersetzte sich den Forderungen. Er sprach sich auch gegen Weißrussisch als Unterrichtssprache im Seminar von Wilna aus, wodurch die Schule ihren russischen Charakter bewahrte. Der darüber erstaunte Wojewode kommentierte die Entscheidung als Symptom für die Schwäche der weißrussischen Bewegung.⁴⁶

Gleichzeitig bemühten sich die Wojewodschaftsbehörden, die Stimmung innerhalb der litauischen Minderheit zu verbessern. Als am 16. Februar 1927 Jonas Basanavičius starb, der sich um die litauische Nation sehr verdient gemacht hatte, erlaubte man nicht nur ein feierliches Begräbnis, sondern auch die Teilnahme einer umfangreichen Delegation aus Litauen. Die Hoffnung auf Entspannung erwies sich als trügerisch, und ein im Sommer unternommener Versöhnungsversuch anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten des Bildes der Mutter Gottes zu Ostra Brama entpuppte sich als Fehlschlag.⁴⁷

Besonders nach dem Rechtsputsch in Kaunas wünschte die Regierung von Antanas Voldemaras keine Detente, da profilierte Vertreter der politischen Opposition im Wilnagebiet Zuflucht gefunden hatten. Gleichzeitig wurde das Interimskomitee angewiesen, Informationen über eine ablehnende Haltung polnischer Behörden gegenüber Minderheiten sorgfältig zu sammeln.⁴⁸ Die Regierung der Republik Polen nahm die Herausforderung aus Kaunas an, zumal man dort erklärte, Litauen befinde sich mit Polen im Kriegszustand.

Die Spannung in den äußeren Beziehungen spiegelte sich in der Politik der Wojewodschaftsbehörden gegenüber den Litauern des Wilnagebietes wider. Als Vergeltungsmaßnahmen wurden viele bekannte Persönlichkeiten interniert, andere deportiert.

Fraglich blieb die Existenz von „Rytas“, der zwei Gymnasien (in Wilna und in Święciany), ein Lehrerseminar und über 160 Grundschulen leitete. Zum Glück entspannten sich die Beziehungen durch das Treffen von Piłsudski und Voldemaras auf dem Forum des Völkerbundes in Genf.⁴⁹ Als Novum in der Politik der Behörden gegenüber der litauischen Minderheit erwies sich eine — im übrigen relative — Unterstützung der litauischen Opposition, vor allem der Sozialdemokraten um die Zeitung „Pir-

⁴⁶ Papierzyńska-Turek, *Między tradycją* (wie Anm. 36), S. 227.

⁴⁷ Makowski, *Litwini* (wie Anm. 14), S. 65 f.

⁴⁸ Ebenda; S. 51.

⁴⁹ S. Sierpowski, *Piłsudski w Genewie. Dyplomatyczne spory o Wilno w 1927 r.* (Piłsudski in Genf. Diplomatische Streitigkeiten um Wilna 1927). Poznań 1990.

myn“,⁵⁰ die in Wilna Zuflucht gefunden hatten. Außerdem erlaubten die Behörden am 4. Dezember 1927, die Litauische Bildungsgesellschaft „Kultura“ zu gründen, die, mit dem sozialdemokratischen Zirkel verbunden, angeblich in einer gewissen Opposition zur TKL stand. Selbst die TKL konnte sich nicht beklagen, denn auch sie entfaltete ihre Wirkung und gründete neue Zeitungen wie „Vytis“ oder bald den meist gelesenen „Vilniaus Rytojus“.⁵¹

Um die Stimmung unter den Litauern zu befrieden, erteilte man ihnen weitere Konzessionen, die die materielle Lage dieser Minderheit besserten. Die Litauische Gesellschaft der Landwirte wurde registriert, gleichzeitig stimmte man einer Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens zu. Man gestattete, eine Pfadfinderorganisation zu gründen. An der Universität von Wilna errichtete man ein Lektorat für Litauisch; Bestrebungen, einen Lehrstuhl für litauische Literatur zu gründen, erfüllten sich jedoch nicht. Wenn man die Minderheitenpolitik der Regierung nach dem Mai-Putsch Ende der 20er Jahre bewertet, so läßt sich nur schwer sagen, ob sie Erfolg hatte oder eine Niederlage erlitt. Raczkiewicz hütete sich sicherlich vor schwerwiegenden Mißerfolgen. 1928 wußte er die Minderheiten für die Wahlen zum Sejm zu gewinnen, und bereits zuvor schaffte er es, Kommunalwahlen durchzuführen — selbst die zu den jüdischen Kultusgemeinden. Im Bereich der Kommunalverwaltung überlagerte die Bürokratie die Funktionen der Selbstverwaltung. Dabei handelte es sich aber nicht um die Schuld von Raczkiewicz, sondern um die traurige Erbschaft der hundertjährigen Regierung der Zaren. Das niedrige Niveau der Verwaltung entsprach den Bedenken der Zentralbehörden und der Bevölkerung, besonders der Minderheiten. Die Großgrundbesitzer bagatellisierten die strukturellen Ursachen der Armut der Bevölkerung im Wilnagebiet, die die Behörden zwar wahrnahmen, aber nicht fähig waren, Abhilfe zu schaffen. Die Wirtschaftskrise und die Mißernten der örtlichen Landwirtschaft ließen den Kontrast zu der prosperierenden litauischen Landwirtschaft hervortreten.⁵²

Zum Schauplatz der Auseinandersetzungen wurde die historisch-religiöse Ebene. Aus Anlaß des 500. Todestages ihres Nationalhelden, des Großfürsten Vytautas, begannen die Litauer das Jubiläum mit der Aufrichtung spezieller Kreuze zu feiern, die die Polizei mit Zustimmung der Kirche entfernte. Raczkiewicz bezeichnete die Litauer als entschlosse-

⁵⁰ Łossowski, *Po tej* (wie Anm. 18), S. 224.

⁵¹ Makowski, *Litwini* (wie Anm. 14), S. 73 ff.

⁵² Z. Landau, J. Tomaszewski, *Druga Rzeczypospolita* (Die Zweite Republik). Warszawa 1977, S. 71.

ne Separatisten, die von außen beeinflusst würden.⁵³ Im Rahmen der Ausgewogenheit erhielten jetzt die Weißrussen Konzessionen. Die Regierung erteilte kleine Subventionen an weißrussische Kultureinrichtungen: die Wissenschaftliche Gesellschaft und das Museum. Die Forderung eines staatlichen Lehrerseminars in Wilna wurde nur teilweise erfüllt. Im Schuljahr 1930/31 wurde lediglich das utraquistische Seminar eröffnet.

Schlecht war auch das Verhältnis zwischen Regierung und katholischer Kirche; es herrschte Streit um den ostslawischen Ritus. Ein weiteres Problem bildete der Anspruch der katholischen Kirche auf das Kirchenvermögen der Orthodoxen, das jene in Besitz genommen hatten, als die Rom unterstellte Unierte Kirche vom Zaren aufgelöst worden war. Der Erzbischof Jańbrzykowski überzog die Gerichte mit Hunderten von Rückgabeforderungen für ehemals der Unierten Kirche gehörende Gebäude. Wegen der politischen Komponente der Angelegenheit gaben die Gerichte den Ansprüchen nicht statt.

Die Wahlen zum Sejm im Jahre 1930 setzten das Signal für eine Wende der Regierungspolitik den Minderheiten gegenüber. Nun sorgten die Behörden dafür, daß die Vertreter der Minderheiten nicht ins Parlament kamen. Ihre Interessen sollte dagegen der Vizepräsident der Gruppierungen, die die Regierung stellten, des *Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem* (BBWR; Parteilose Block der Zusammenarbeit mit der Regierung), Tadeusz Hołowko wahren, der lange Jahre mit den Problemen vertraut und einer der Urheber des sog. Prometheus-Gedankens war.

Während einer Reise durch das Wilnagebiet kam er zu der Überzeugung, daß der Programmaximalismus eine der Schwächen der weißrussischen wie auch der litauischen Minderheit sei. Die These, die Polen stellen Einwanderer dar und sollten deswegen aus dem Wilnagebiet entfernt werden, schien ihm als Basis für eine konstruktive Diskussion nicht geeignet.⁵⁴ Statt dessen forderte er die Ablehnung jeglichen Nationalismus' zugunsten einer Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, und zwar besonders auf dem Gebiet der Selbstverwaltung. Zum Sprachrohr seiner Politik wurde die Staatsideologie, die in der Nationalitätenfrage die These einer nationalkulturellen Autonomie ablehnte.

Ich erwähnte früher, daß das neugegründete Polen anfänglich ein Flickwerk verschiedener Faktoren darstellte. Ungefähr 1932 ging dieser Zu-

⁵³ Protokół z konferencji wojewodów z Kresów Wschodnich z 3 XII 1929 (Konferenzprotokoll der Wojewoden der Randgebiete vom 3.12.1929), in: *Dzieje Najnowsze* (1972), H. 3, S. 165 ff.

⁵⁴ T. Hołowko, *Kresy* (Randgebiete), in: *Gazeta Polska* Nr. 231 vom 23. August 1930.

stand zu Ende. Die Normierung der Justiz, des Schul- und Verkehrswesens etc. brachte Erfolge. Der Sejm beschloß viele Gesetze, die das Recht im ganzen Staat einheitlich gestalteten. Unter diesen Gesichtspunkten wurde auch die Reform der Selbstverwaltung und des Schulwesens durchgeführt. Die Grundlage des Bildungssystems sollten die staatlichen Schulen sein, die ein Lehren nach einheitlichem Standard und auf einem besseren Unterrichtsniveau möglich machten. Die Privatschulen sollten als elitäre Ausnahmen existieren. Im Unterricht wurde das Programm staats-treuer Erziehung verwirklicht, die Opposition schikaniert. Die Minderheiten, deren Schulwesen einer drastischen Einschränkung unterlag, betrachteten die Reform als eine Erscheinung der Polonisierung. Die litauische Gesellschaft „Rytas“ bekam dies schmerzlich zu spüren, denn ihre schulische Arbeit wurde auf die Leitung der Bibliotheken/Lesesäle reduziert. Zu einem wichtigen Faktor der staatlichen Erziehung sollte das Heer werden. Die Einheiten wurden so aufgestellt, daß zu den Bewohnern des Umlandes keine Verbindung bestand. Mit Zufriedenheit stellte man fest, daß der Prozentsatz von Weißrussen und Litauern, die sich der Aushebung entziehen wollten, kleiner war als bei den Polen. Trotzdem war das Plätzekontingent für die Vertreter der Nationalitäten in den Unteroffiziersschulen minimal. Ausnahmen wurden nur den Juden erteilt, die man heimlich für den Kader der „Hagana“ schulte.⁵⁵

Daneben ist erwähnenswert, daß das Litauische Interimskomitee mit stiller Unterstützung der Behörden die Rolle einer Konsularvertretung erfüllte, deren offizielle Existenz angesichts der fehlenden zwischenstaatlichen Beziehungen unmöglich war. Dieses Vorgehen ermöglichte das Überschreiten der geschlossenen Grenzen und legalisierte so einen kleinen Besucheraustausch.

Die nächste Zäsur in der Nationalitätenpolitik setzte der Tod von Piłsudski, der geradezu als Symbol des Wandels bezeichnet werden kann, verband sich mit ihm doch eine allgemeine Änderung des Regierungssystems in Polen und eine Verfestigung autoritärer Tendenzen. Innerhalb der Regierungselite kam es zur Synthese der zwei erwähnten gegensätzlichen Strömungen: der staatlichen und der nationalen. Auf der Sitzung des Ministerrates vom 19. Dezember 1935 gründete man das Komitee für Nationalitätenangelegenheiten. Das Gremium betonte die Priorität der nationalen Assimilation und bewahrte die Reste der föderativen Anschauungen. Man proklamierte einen konsequenten Festigungskurs des Polentums in der Republik. Die Polonisierung der orthodoxen Kirche

⁵⁵ W.T. Drymmer, *Zagadnienie żydowskie w Polsce* (Das jüdische Problem in Polen), in: *Zeszyty Historyczne* (1968), Nr. 13, S. 70 ff.

wurde geplant, um sie für die Verbreitung der polnischen Kultur in den Ostgebieten zu benutzen. Die polnische Sprache sollte in die Liturgie eingeführt werden. Bischof Teodozjusz fügte sich dem Druck und instruierte die Pfarrer der Garnisonsstädte, die orthodoxen Messen auf polnisch zu halten. Die Behörden begünstigten nationalstaatliche Forderungen, die von den Gegnern oft als faschistoid bezeichnet wurden. Die Anhänger der Landespartei („Krajowcy“) in Wilna fielen in Ungnade, und die Zensur interessierte sich eifrig für das Blatt „Przegląd Wileński“ (Wilnaer Rundschau). Premierminister Kościółkowski verkündete in seinem Exposé ein Monopol der staatlichen Schulen, was der Wojewode von Wilna, Ludwik Bociański, als ein Signal zur Auflösung des litauischen Schulwesens verstand.⁵⁶ Die Neigung zur Unterstützung der autoritären Regierung führte gegenüber den Minderheiten zu verschiedenen Einschränkungen. Der Wojewode Bociański bereitete sich sorgfältig auf die Aktion vor.⁵⁷ Straßenkundgebungen und Presseschlagzeilen zeugten von einer Hetze gegen die Minderheiten. Man verbreitete überall „Beweise“ über die Gefährdung des Staates und rief zur Anwendung von Repressalien gegen diejenigen Personen auf, die das „Vereinsrecht“ und das „Gesetz über die Versammlungen“ verletzen.

Ab Januar 1936 schlugen die Wojewodschaftsbehörden einen Kurs der Unterdrückung der nicht-polnischen Presse ein. Bociański bewog den Erzbischof Jałbrzykowski, die litauischen Priester aus dem Wilnagebiet zu versetzen. Der Litauischen Interimskommission (TKL) wurde die Veränderung ihres Statuts und eine Namensänderung zum Litauischen Nationalkomitee (Narodowy Komitet Litewski; NKL) befohlen.⁵⁸ In den gesamten polnischen Zeitungen begann eine Kampagne gegen den NKL-Präsidenten K. Stasys. Man stellte ihn als „Agenten eines fremden Staates“ hin. Nach einigen Festnahmen wurde Stasys am 9. Januar 1937 endgültig in Haft behalten. Die Behörden der Republik Polen entschieden im voraus, daß er in einem Gerichtsverfahren verurteilt werden sollte. Der Kern des Problems steckte aber nicht so sehr in der Verurteilung, sondern mehr im Ziel des polnischen Vorgehens. Die Meinung, daß die völlige Auflösung des Volkstums der litauischen Minderheit angestrebt wurde, ist nicht von der Hand zu weisen. Man handelte nämlich konsequent und methodisch. Am 16. Februar 1937 löste der Wojewode das Litauische Nationalkomitee auf, dem am 7. Juni der Litauische Lehrerverband und am

⁵⁶ Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 171 f.

⁵⁷ Memoriał Bociańskiego z 11 lutego 1936 r. (Bocianowski's Memorandum vom 11. Februar 1936), in: Dzieje (wie Anm. 53), S. 168 ff.

⁵⁸ Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 105, 280 u. 289 ff.

20. November die Litauische Gesellschaft der Wohltätigkeit folgten. Am 31. Dezember schloß man endgültig die Gesellschaft des Heiligen Kasimir, am 22. Januar 1938 wurde die Litauische Gesellschaft der Landwirte aufgelöst, am 4. Februar die älteste Litauische Wissenschaftsgesellschaft, die seit 1907 existierte, und am 28. Februar mußte die bedeutendste aller litauischer Einrichtungen, der „Rytas“, seine Tätigkeit einstellen. Gleichzeitig ging man gegen die litauische Presse vor.

Waren diese umfangreichen Repressalien, die das soziale Netz der litauischen Minderheit zerstörten, ein Versuch der Zwangspolonisierung oder dem geplanten Spiel mit Litauen auf der zwischenstaatlichen Ebene untergeordnet? Im März 1938 richtete nämlich die Regierung der Republik Polen das bekannte Ultimatum an Kaunas. Ein Ergebnis war die Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen nach zwei Dekaden der gegenseitigen Ignoranz. Doch sollte man neben der diplomatischen Komponente nicht vergessen, daß auch gegen die Weißrussen in ähnlicher Weise vorgegangen wurde: 1936 stellte man die Tätigkeit der Gesellschaft der Weißrussischen Schule ein und ein Jahr später die des Weißrussischen Wirtschafts- und Kulturinstitutes.⁵⁹ Im Januar 1938 wurde auf administrativem Wege das Weißrussische Nationalkomitee aufgelöst, das alle weißrussischen Organisationen umfaßte. Im September 1937 veranlaßten die Wojewodschaftsbehörden den Episkopat, den orthodoxen Religionsunterricht auf polnisch abzuhalten.⁶⁰ All diese Maßnahmen belegen ein Streben nach einer vollständigen Integration der Minderheiten, das dem Geist des europäischen Vorkriegsnationalismus entsprach. Diesem Sog suchten sich die Litauer wiederholt zu entziehen. Nach der formalen Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen rechnete die litauische Minderheit im Wilnagebiet mit einem Wiederaufbau der eigenen Einrichtungen und einer Eingliederung in das staatliche Leben.

Die diplomatischen Unterredungen Anfang des Jahres 1939 benutzte die litauische Minderheit, um dem Ministerpräsidenten am 31. März eine Denkschrift vorzulegen, in der sie den Wiederaufbau der geschlossenen Gesellschaftszentralen, Freiheit der Schulentwicklung und Gleichberechtigung im Beschäftigungsbereich verlangte. Die Abteilung für Nationalitäten im Innenministerium berücksichtigte jedoch Bociąńskis negative Einstellung in ihren Richtlinien und erklärte eine Reaktivierung der auf-

⁵⁹ J. Tomaszewski, *Ojczyzna nie tylko dla Polaków* (Heimat nicht nur für Polen). Warszawa 1985, S. 89.

⁶⁰ W. Mysłek, *Kościół katolicki w Polsce* (Katholische Kirche in Polen). Warszawa 1966, S. 113.

gelösten Institutionen für unmöglich. Sie schloß aber nicht aus, neue mit ähnlichen Zielsetzungen ins Leben zu rufen. Eventuelle Konzessionen knüpfte sie an Gegenleistungen von seiten Litauens und generell an die Sicherung des polnischen Besitzstandes. Es wurde empfohlen, die Richtlinien abhängig vom Prinzip der Gegenseitigkeit flexibel auszulegen. Dies wurde denn auch in den diplomatischen Gesprächen im Frühjahr 1939 vereinbart, aber man schaffte es nicht mehr, die den Minderheiten versprochenen Bestimmungen in die Tat umzusetzen.

In historischer Rückschau durchlief die Politik Polens gegenüber den Minderheiten im Wilnagebiet von 1916 bis 1939 vier Stadien. Zunächst ging es um ihre Eingliederung in den neu entstehenden Staat und die Bewahrung des polnischen Volkstums, das mit dem Großgrundbesitz identifiziert wurde. Den Nicht-Polen versprach man, ihre nationale und kulturelle Autonomie zu achten. Nach der Einverleibung des Wilnagebietes ersetzte das Programm der staatlichen Assimilation die Autonomieparolen. Die Rechte der Nicht-Polen auf ihre Eigenart sollten unter der Bedingung respektiert werden, daß sie Loyalität dem Staat gegenüber wahrten. In der Wende von den 20er zu den 30er Jahren, einer Phase des Übergangs, versuchte man, den Minderheiten Aufmerksamkeit zu schenken und sie mit den Polen auf ein Niveau zu bringen, wobei man mittel- und langfristig auf die Überlegenheit der polnischen Kultur setzte. Die letzte Phase stand im Zeichen der Polonisierung mit aktiver Unterstützung des Staates.